

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Justizreform

Lob für Bulgarien, Bedenken zu Rumänien

Seite 3

IM FOKUS

Abschiedsrede

Jean-Claude Juncker zieht Bilanz seiner Amtszeit

Seite 4

Sozialstandards

Europäische Arbeitsbehörde ELA nimmt ihre Arbeit auf

Seite 6



Credit © European Union, 2019

Die Staats- und Regierungschefs sprachen auf ihrem Gipfeltreffen unter anderem über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Jahre 2021 bis 2027

JUNCKER-NACHFOLGE

Neue Kommission startet später

Das Team der neuen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen wird die Arbeit nicht wie geplant am 1. November antreten können. Nachdem das Europäische Parlament die Kommissarsbewerber aus Rumänien, Ungarn und Frankreich abgelehnt hatte, müssen neue Kandidaten nominiert werden. Ungarns Regierung hat den früheren EU-Botschafter Olivér Várhelyi vorgeschlagen. Frankreich nominierte den früheren Finanzminister Thierry Breton nach. Rumänien, wo die Regierung zerbrochen ist, muss noch einen Kandidaten melden. Deshalb stimmte das Europäische Parlament noch nicht, wie vorgesehen, über die neue EU-Kommission ab.

■ Für eine neue Kommission

EU-GIPFEL

Brexit-Vertrag vereinbart, EU-Erweiterung vertagt

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und der britische Premierminister Boris Johnson haben kurz vor Auftakt des EU-Gipfels eine Einigung zu einem überarbeiteten Abkommen zum Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union erzielt. Das Abkommen soll einen geordneten Brexit sicherstellen und muss von beiden Seiten ratifiziert werden.

> Die Staats- und Regierungschefs der EU-27 haben das Abkommen auf dem EU-Gipfel unterstützt. Nachdem das britische Unterhaus die Beratungen über das überarbeitete Austrittsabkommen unterbrochen hat, empfahl Ratspräsident Donald Tusk den 27 EU-Staaten, dem Antrag der britischen Regierung auf eine weitere Fristverlängerung bis 31. Januar 2020 stattzugeben.

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bezeichnete das ausgehandelte Abkommen als fairen Kompromiss: „Es zeugt vom Engagement und Willen beider Seiten, im besten Interesse der Bürgerinnen und Bürger der EU und des Vereinigten Königreichs zu handeln. Wir verfügen jetzt über ein neues Protokoll, das Frieden und Stabilität auf der Insel Irland sichert und unseren Binnenmarkt vollständig schützt. Ich hoffe, dass wir diese Einigung jetzt auch umsetzen können, damit unsere

Bürger und Unternehmen die ihnen zustehende Sicherheit erhalten.“

Das Austrittsabkommen sieht vor, dass nach dem britischen Austritt eine Zollpartnerschaft zwischen Nordirland und der EU greifen soll. Diese beinhaltet:

- > Nordirland verbleibt formal in einem Zollregime mit Großbritannien, wird aber weiter EU-Standards erfüllen, unter anderem für landwirtschaftliche Produkte und für staatliche Beihilfen.
- > Für Waren und Güter, die über Nordirland ins EU-Mitglied Irland gelangen, erhebt das Vereinigte Königreich Zölle und leitet die Einnahmen an die EU weiter.
- > Großbritannien verpflichtet sich, die Mehrwertsteuer in Nordirland der Irlands anzugleichen. >>

- >> > In vier Jahren wird das nordirische Regionalparlament erneut über die Bestimmungen befinden. Ohne Votum erfüllt die britische Provinz die EU-Standards für zwei weitere Jahre.

Er sei zufrieden mit dem Abkommen, aber traurig über den Austritt, erklärte Juncker.

Eine Einigung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit den westlichen Balkanstaaten Albanien und Nordmazedonien, wie von der EU-Kommission empfohlen, konnten die Staats- und Regierungschefs nicht erzielen. Widerstand kam vor allem aus Frankreich, im Falle Albaniens auch aus Dänemark und den Niederlanden. „Wenn wir ernst genommen werden wollen, müssen wir unsere Versprechen halten“, kritisierte Juncker den Beschluss. Die beiden Beitrittskandidaten hatten erhebliche Anstrengungen in der Reform des Justizsystems unternommen, Nordmazedonien einen jahrzehntelangen Namensstreit mit dem EU-Mitglied Griechenland beigelegt. Nordmazedoniens Ministerpräsident Zoran Zaev kündigte nach der Entscheidung in Brüssel seinen Rücktritt an.

Auch EU-Ratspräsident Donald Tusk bedauerte das Veto des französischen Präsidenten Emmanuel Macron gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Er hatte mit Blick auf die Bemühungen Russlands, Chinas und der Türkei auf dem westlichen Balkan die geostrategische Bedeutung der Erweiterung betont. Kommissionspräsident Juncker nannte die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs einen „schweren historischen Fehler“.

EU-Finanzrahmen soll bis 2020 stehen

Die Staats- und Regierungschefs sprachen auf dem Gipfeltreffen auch über den mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Jahre von 2021 bis 2027. EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger hatte einen Haushaltsrahmen in Höhe von 1,11 Prozent der jährlichen Wirtschaftskraft vorgelegt. Staaten wie Deutschland, Österreich und die Niederlande pochen auf eine Kappung der EU-Mittel auf 1,0 Prozent der Wirtschaftskraft. Oettinger kritisierte, die Bundesregierung erwarte von Europa, neue Aufgaben zu übernehmen, wolle aber gleichzeitig keine stärkeren Kürzungen bei Agrarhilfen und Kohäsionsmitteln. „Diese Rechnung der Regierung in Berlin geht noch nicht auf“, sagte Oettinger.

Weitgehende Zustimmung herrschte auf dem Gipfel darüber, dass die Vergabe künftiger EU-Mittel an die Einhaltung von Rechtsstaatsprinzipien geknüpft werden soll.

Das Treffen war der letzte reguläre EU-Gipfel des scheidenden Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker. Bundeskanzlerin Angela Merkel dankte dem „europäischen Urgestein“ im Kreis der Staats- und Regierungschefs für seine Arbeit. Juncker nahm in einer emotionalen Rede Abschied und bekräftigte, er werde „bis zum Ende seines Lebens stolz sein, Europa gedient zu haben“. (pr)

Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates

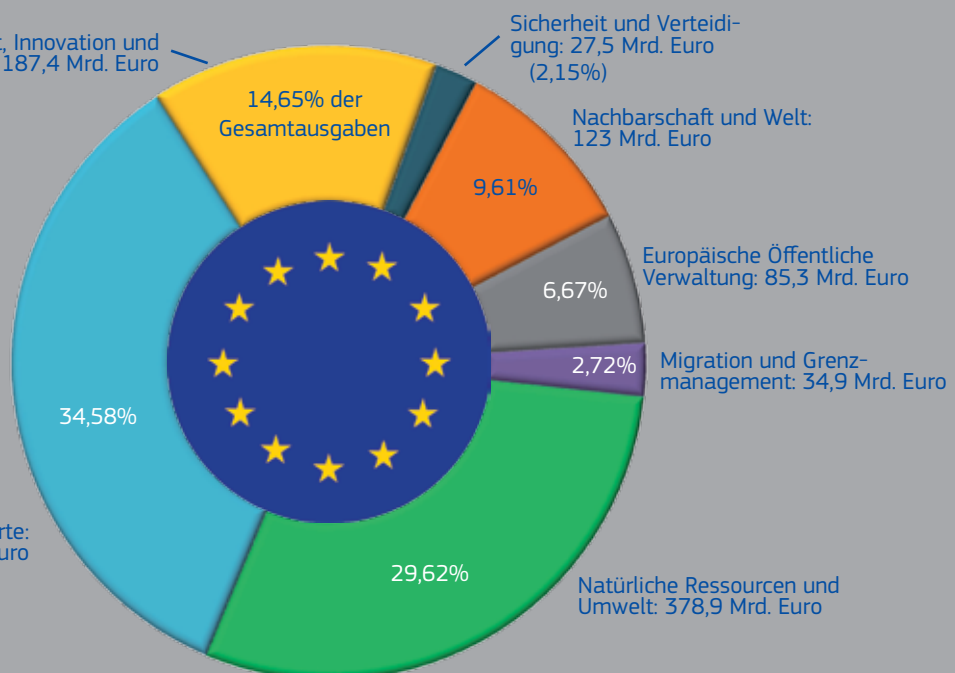
Die Juncker-Bilanz

- > Die Beschäftigungsquote in der EU erreicht 2019 einen Rekordstand von 73,9 Prozent. Insgesamt gehen 241,4 Millionen EU-Bürger einer bezahlten Arbeit nach. In der Amtszeit der Juncker-Kommission sind 14 Millionen neue Jobs entstanden.
- > EU-Operationen im Mittelmeer haben seit 2015 zur Rettung von mehr als 760.000 Menschen aus Seenot beigetragen.
- > Am Austauschprogramm Erasmus+ beteiligen sich zwischen 2014 und 2020 rund vier Millionen junge Europäer. Die Mittel sollen sich im nächsten Finanzrahmen bis 2027 auf 30 Mrd. Euro verdoppeln.
- > Die Zustimmung zur EU ist von 2014 bis 2019 von 54 Prozent auf 59 Prozent gestiegen.

Der Vorschlag der Kommission für den EU-Finanzrahmen 2021-2027

Die Gesamtausgaben für 2021 bis 2027 sind mit 1.279,4 Mrd. Euro veranschlagt – eine Erhöhung von 1,03 auf 1,114 Prozent des BIP der EU

Zusammenhalt und Werte: 442,4 Mrd. Euro



Quelle: EU-Kommission



JUSTIZ

Lob für Bulgarien, Bedenken zu Rumänien

Die EU-Kommission bewertet die Entwicklung des Rechtsstaats in Rumänien zurückhaltend. So habe die Kommission bei der Justizreform und der Korruptionsbekämpfung mehrfach gegenüber den rumänischen Behörden Bedenken hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit anmelden müssen, heißt es im jüngsten Bericht der EU-Kommission zur Lage der Justiz in Rumänien. Die Kommission bedauere, dass Rumänien den zusätzlichen Empfehlungen vom November 2018 nicht nachgekommen ist. Die Umsetzung dieser Empfehlungen sei entscheidend, um den Reformprozess wieder in die erforderlichen Bahnen zu lenken und den im Bericht vom Januar 2017 vorgezeichneten Weg zum Abschluss des Kooperations- und Kontrollverfahrens wiederaufzunehmen.

Positiv wurde die Entwicklung in Bulgarien vermerkt. Dort nimmt die EU-Kommission neben der Verpflichtung zur Fortsetzung der Reformen im Bereich der Korruptionsbekämpfung insbesondere die Zusage der bulgarischen Regierung zur Kenntnis, Verfahren im Hinblick auf die Rechenschaftspflicht des Generalstaatsanwalts einzuführen und die Unabhängigkeit der Justiz zu schützen. Bulgarien und Rumänien hatten sich mit ihrem EU-Beitritt 2007 zu einer jährlichen Überprüfung ihres Justizsystems verpflichtet.

■ *Berichte der EU-Kommission zu Bulgarien und Rumänien*

FISCHEREI

Neue Fangquoten für die Ostsee

Die EU-Staaten haben neue Mengen für den Fischfang in der Ostsee festgelegt. Demnach sinkt die Quote für Hering in der westlichen Ostsee um 65 Prozent, die Fangmenge für Dorsch wird um 60 Prozent gedrosselt. „Viele Fischbestände und Ökosysteme in der Ostsee sind in einem alarmierenden Zustand“, warnte EU-Fischereikommissar Karmenu Vella. Dies sei vor allem für Fischer und ihre Gemeinden ein Problem, die für ihren Lebensunterhalt auf gesunde Bestände angewiesen sind, so Vella.

Die EU-Kommission unterbreitet den Mitgliedstaaten jährlich Empfehlungen zu den Fangquoten. Diese basieren auf wissenschaftlichen Gutachten des Internationalen Rates zur Erforschung der Meere zum Fischbestand. Ziel der EU-Fischereipolitik ist eine nachhaltige Bewirtschaftung der Gewässer.

■ *Fangquoten in der Ostsee*

SCHENGEN-RAUM

EU-Kommission für Aufnahme Kroatiens

Die EU-Kommission hat die Aufnahme Kroatiens in den Schengen-Raum empfohlen. Als letztes Kriterium wurde das Management der Außengrenze erfüllt. Für einen Beitritt zur Schengen-Zone hatte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker geworben. „Ich spreche Kroatien meine Anerkennung für seine Bemühungen und seine Beharrlichkeit bei der Erfüllung aller Voraussetzungen für den Schengen-Beitritt aus“, erklärte Juncker.

Er sieht das Land auch auf gutem Weg in die Gemeinschaftswährung Euro. Angesichts hoher Wachstumsraten und sinkender Verschuldung sei Kroatien „gut vorbereitet“, so Juncker. Dem Schengen-Raum des grenzkontrollfreien Reisens gehören derzeit 26 europäische Länder an, darunter auch die Nicht-EU-Staaten Schweiz, Liechtenstein, Island und Norwegen.

■ *Die Empfehlung der EU-Kommission*

EXPORTE

EU profitiert von Freihandelsabkommen

Die Ausfuhren der Mitgliedstaaten in Staaten, mit denen die EU Handelsabkommen unterhält, haben im Jahr 2018 um 2 Prozent zugenommen. Das geht aus dem Handelsbericht der EU-Kommission hervor. Vor allem der Export von Agrarlebensmitteln legte um 2,2 Prozent zu. „Unsere Lebensmittel- und Getränkeexporte profitieren davon, dass für sorgfältig hergestellte Erzeugnisse aus EU-Ländern wie Champagner und Feta niedrigere Zölle gelten und sie außerhalb der Union rechtlich geschützt sind“, erklärte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström. Die Ausfuhr von Industriegütern stieg um 2 Prozent, wobei unter anderem Chemikalien (2,5 Prozent), mineralische Erzeugnisse (6 Prozent) und unedle Metalle (4,4 Prozent) stark zulegten.

Malmström wertete die gute Entwicklung als Beleg für die positiven Effekte der Freihandelsabkommen der EU-Kommission. „Während der weltweite Handel sich verlangsamte und der Protektionismus zunahm, zeigten die EU-Handelsabkommen einen positiven Effekt“, heißt es in dem Bericht der EU-Kommission.

■ *Handelsbericht der EU-Kommission*

ABSCHIEDSREDE

Präsident Juncker: „Kämpfen Sie gegen den dummen Nationalismus! Es lebe Europa!“

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat in einer Abschiedsrede vor dem Europäischen Parlament Bilanz seiner fünfjährigen Amtszeit gezogen. So hat der von Juncker angestoßene Europäische Investitionsfonds 1,1 Millionen Jobs geschaffen und die Wirtschaftsleistung um 0,9 Prozent gesteigert.



© European Union, 2019 – Source: European Parliament

„Kleiner Teil eines größeren Ganzen“, sagt EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker über seinen Beitrag zur europäischen Integration.

> „Wir haben erreicht, was wir wollten: Europa zurückzuführen auf den Weg des Wachstums“, sagte der Kommissionspräsident. Er schloss mit den Worten: „Kämpfen Sie gegen den dummen und hartnäckigen Nationalismus. Es lebe Europa!“

Juncker erinnerte an seinen Ansatz einer „politischen Kommission“. Zu Beginn seiner Amtszeit habe die EU die „schwerste ökonomische Krise seit dem Zweiten Weltkrieg“ erlebt. Mit dem Programm gegen die Jugendarbeitslosigkeit und einem engagierten Investitionsprogramm habe seine Kommission gegengesteuert. „Zu Beginn, als der Erfolg noch nicht sicher war, sprach man vom Juncker-Plan. Jetzt, wo sich der Erfolg eingestellt hat, nennen es alle Europäischen Investitionsfonds.“

Juncker verwies auch auf die erfolgreiche Handelspolitik seiner Kommission. Handelsabkommen mit 15 Ländern habe sein Team abgeschlossen. „Das hat uns geholfen, auf der Weltbühne präsent zu sein in einer Zeit, in der sich die USA vom Multilateralismus abwenden.“

Bankenunion zügig vollenden

Zu den Erfolgen seiner Kommission zählte der scheidende Kommissionspräsident auch die Euro-Rettungspolitik in den Jahren 2012 bis 2015. „Wir haben sichergestellt, dass Griechenland in der Eurozone bleibt – trotz des Widerstands vieler“, erinnerte

Juncker. Auch den 2015 besiegelten Partnerschaftsvertrag mit Afrika hob Juncker hervor. „Wir sollten den Kontinent aber nicht allein durch das Prisma der Flüchtlingspolitik betrachten“, gab er zu bedenken.

Juncker erinnerte an sein Versprechen, die Kommission solle sich um die großen Themen kümmern. So habe seine Kommission 83 Prozent weniger Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht und 142 laufende Regelungsverfahren zurückgezogen. „Ich wollte, dass wir uns um die großen Themen kümmern, die wichtig sind für die Bürgerinnen und Bürger“, umschrieb er seine Maxime. Zugleich hob er die Bürgernähe seines Kommissarsteams hervor. Seine Kommissare sollte zuhören. „Und das haben sie getan – in 1.815 Bürgerdialogen“, so Juncker.

Juncker verschwieg auch nicht Enttäuschungen seiner fünfjährigen Amtszeit. So sei die Wiedervereinigung Zyperns nicht vollendet, das Rahmenabkommen mit der Schweiz nicht abgeschlossen und die Bankenunion mit der Einlagensicherung noch unvollendet. „Wir sind auf einen nächsten Schock nicht vorbereitet“, mahnte Juncker. Eine zügige Vollendung der Bankenunion sei nötig. Zum Brexit hatte der Kommissionspräsident schon zuvor erklärt, er werde den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU „immer bedauern“. Der ganze Brexit sei „eine Verschwendung von Zeit und Energie“.

Lob für Ursula von der Leyen

Seine Nachfolgerin Ursula von der Leyen lobte Juncker als die „Persönlichkeit, die Europa jetzt braucht“. In seiner Rede dankte er auch seinen EU-Kommissaren. „Ohne sie hätte ich nicht erreicht, was wir in den vergangenen fünf Jahren vorangebracht haben.“

Juncker nimmt nach vielen Jahrzehnten Abschied von der europäischen Politik. „Europa bedeutet Friede. Europa bedeutet Stärke“, sagte der Kommissionspräsident. Er scheidet aus dem Amt, „nicht betrübt, aber auch nicht übermäßig glücklich“, erklärte Juncker. Seine Bilanz am Ende einer emotionalen Rede und nach knapp vier Jahrzehnten europäischer Politik: „Ich war stolz darauf, ein kleiner Teil eines großen Ganzen gewesen zu sein, das wichtiger ist als wir: Europa.“ (pr) >|

■ Juncker-Plan schafft Jobs und Wachstum

Ein Leben für Europa

Jean-Claude Juncker wird 1982 mit 28 Jahren Sozialstaatssekretär in Luxemburg. Von 1995 bis 2013 amtiert er als Regierungschef Luxemburgs. Der Eurogruppe steht Juncker von 2005 bis 2013 vor. 2014 wird er zum EU-Kommissionspräsidenten gewählt und lotst die EU durch Eurokrise, Flüchtlingsdebatte und die Brexit-Verhandlungen.

KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

Laura Kövesi zur ersten Europäischen Generalstaatsanwältin berufen

Die rumänische Juristin Laura Codruța Kövesi wird erste Leiterin der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa). Die neue EU-Behörde soll ab Ende 2020 ihre Arbeit aufnehmen und gegen grenzübergreifende Großkriminalität zulasten des EU-Haushalts vorgehen. „Die EU-Kommission arbeitet hart dafür, dass jeder Euro aus dem EU-Haushalt auch nach den Regeln der EU eingesetzt wird“, sagte der für Personalfragen zuständige Haushaltskommissar Günther Oettinger zu Kövesis Berufung. „Letztlich wollen wir alle in einer sauberen Gesellschaft ohne Korruption leben“, umschreibt Laura Kövesi ihre Arbeit.



Credit © European Union, 2019

> Die 46-jährige Juristin weiß, wovon sie spricht. In ihrer Heimat Rumänien leitete sie von 2013 bis 2018 die Anti-Korruptionsbehörde DNA. Mehr als 2.000 Verfahren brachte Kövesi auf den Weg, auch gegen prominente Politiker des Landes. Gegen ihre Absetzung 2013 gab es massive Proteste der rumänischen Bevölkerung. Kövesis Berufung zur ersten Europäischen Generalstaatsanwältin ist damit auch ein Erfolg im europaweiten Kampf gegen Korruption. „Diese Einigung ist ein starkes Signal dafür, dass die EU es ernst meint mit dem Kampf gegen Finanzkriminalität und mit dem Schutz des Steuerzahlergeldes“, erklärte EU-Justizkommissarin Věra Jourová.

Die Europäische Staatsanwaltschaft soll EU-Einrichtungen wie die Anti-Korruptionsbehörde OLAF, Eurojust (Agentur der Europäischen Union für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen) und Europol (Europäisches Polizeiamt), die nicht befugt sind, strafrechtliche Ermittlungen durchzuführen oder Betrug zu verfolgen, in ihrer Arbeit ergänzen. 22 EU-Staaten wollen sich bislang an der neuen Form in der Justiz-Zusammenarbeit beteiligen.

Zuständig für Finanz-Straftaten

Die neue EU-Behörde kann unabhängig ermitteln, wenn Straftaten zum finanziellen Nachteil der EU vermutet werden – etwa bei Subventionsschwindel, Geldwäsche und grenzüberschreitendem Mehrwertsteuerbetrug. Allein durch den länderübergreifenden Mehrwertsteuerbetrug entsteht den EU-Staaten jährlich ein Schaden von rund 50 Mrd. Euro. „Die EU-Kommission

und die Anti-Korruptionsbehörde OLAF werden Kövesi in ihrer Arbeit unterstützen“, sagte Jourová zu.

„Die Leute akzeptieren Korruption nicht mehr. Sie trauen sich, Anzeigen zu machen, sie wollen ein sauberes Land“, sagte Kövesi über ihre Arbeit in Rumänien. Mit gleichem Anspruch geht sie an ihre Arbeit als erste Chefin der Europäischen Generalstaatsanwaltschaft. Kövesi wird die EUSTa auch bei Kontakten mit den EU-Institutionen, den Mitgliedstaaten und Drittländern vertreten.

Die rumänische Juristin Laura Kövesi soll die Arbeit der Europäischen Staatsanwaltschaft organisieren.

“ Letztlich wollen wir alle in einer sauberen Gesellschaft ohne Korruption leben. ”

Laura Codruța Kövesi

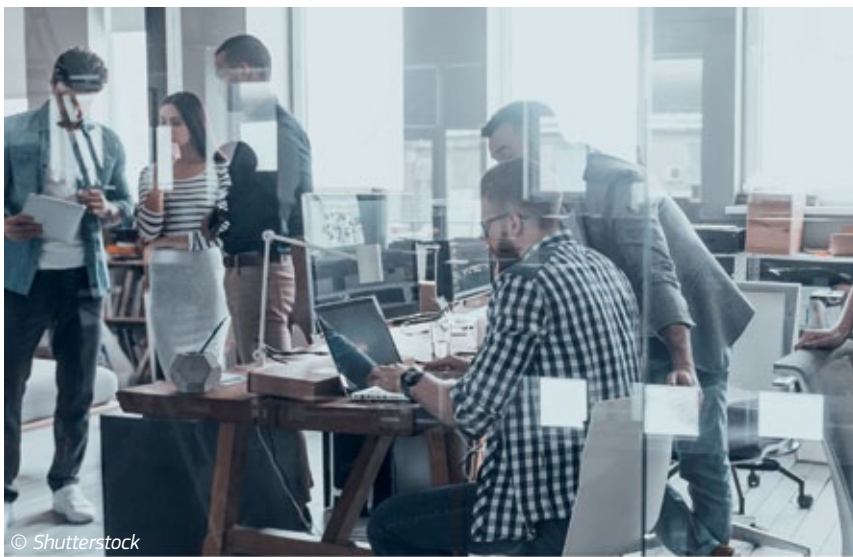
Die Europäische Staatsanwaltschaft wird aus zwei Ebenen bestehen: einer zentralen und einer nationalen Ebene. Die zentrale Ebene setzt sich zusammen aus dem Europäischen Generalstaatsanwalt, 21 europäischen Staatsanwälten (je einer aus jedem teilnehmenden Mitgliedstaat) – von denen zwei als Stellvertretende Europäische Generalstaatsanwälte amtieren –, einem Verwaltungsdirektor sowie Fachpersonal und -ermittlern. Die nationale Ebene besteht aus in den Mitgliedstaaten ansässigen Delegierten Europäischen Staatsanwälten. Ende 2020 soll die neue Behörde ihre Arbeit aufnehmen. (pr) >|

■ Fragen und Antworten zur Europäischen Staatsanwaltschaft

SOZIALSTANDARDS

Neue **Arbeitsbehörde** schützt 17 Millionen Arbeitnehmer im **EU-Ausland**

Nur zwei Jahre nach dem Vorstoß durch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat die Europäische Arbeitsbehörde ELA ihre Arbeit aufgenommen. Die Aufgaben der Behörde betreffen die Regelungen zur Arbeitskräftemobilität: Freizügigkeit und Entsendung von Arbeitnehmern, Koordinierung der sozialen Sicherheit sowie spezifische Rechtsvorschriften im Straßenverkehrssektor.



© Shutterstock

Rund 17 Millionen EU-Bürger arbeiten in einem anderen Mitgliedstaat. Weitere 1,4 Millionen pendeln täglich über die Grenze.

> „Die Behörde wird gewährleisten, dass Arbeitnehmer und Arbeitgeber besser über ihre Rechte und Pflichten informiert sind, und sie wird die nationalen Arbeitsbehörden bei ihren grenzüberschreitenden Aktivitäten unterstützen“, sagte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zum Arbeitsauftritt der neuen EU-Behörde. Juncker hatte den Aufbau eines sozialen Europa zu einem Schwerpunkt seiner fünfjährigen Amtszeit erklärt.

Lohn- und Sozialdumping unterbinden

Die neue Behörde hat ihren Sitz in der slowakischen Hauptstadt Bratislava, sie wird ihren Aufbau voraussichtlich im Jahr 2024 abgeschlossen haben und vollständig einsatzfähig sein. Der ELA obliegt es, Lohn- und Sozialdumping bei Arbeitnehmern im EU-Ausland zu unterbinden. Rund 17 Millionen EU-Bürger arbeiten nicht in ihrem Heimatland sondern in einem anderen Mitgliedstaat. Weitere 1,4 Millionen pendeln täglich über die Grenze. Die ELA soll garantieren, dass dabei Sozialstandards eingehalten werden.

Ferner soll die neue Behörde schlichten, wenn Unternehmen Arbeitsplätze von einem EU-Land in ein anderes verlagern. Sie soll zudem Arbeit-

nehmer und Unternehmen vor einer Entsendung ins EU-Ausland unterrichten, etwa über passende Sprachkurse oder über Besonderheiten der Sozialsysteme. „Die Europäische Arbeitsbehörde bringt nationale Behörden zusammen. Sowohl in struktureller Hinsicht als auch beim Tagesgeschäft wird die Behörde die Zusammenarbeit zwischen Vertretern der Mitgliedstaaten und zwischen Sozialpartnern erleichtern“, sagte Valdis Dombrovskis, Vize-Präsident der EU-Kommission.

Arbeitskräftemobilität erleichtern

EU-Sozialkommissarin Marianne Thyssen lobte: Durch die Arbeit der ELA „werden die Abläufe bei der Arbeitskräftemobilität reibungsloser, was Millionen von Menschen und Unternehmen in Europa zugutekommen wird, die ihr Recht auf Freizügigkeit täglich wahrnehmen.“

Der ELA-Verwaltungsrat setzt sich zusammen aus Vertretern der Mitgliedstaaten, der Kommission, der Sozialpartner auf Unionsebene, des Europäischen Parlaments, von anderen EU-Agenturen in den Bereichen Beschäftigung und Soziales sowie – als Beobachter – Vertretern aus Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz. „Dies ist ein wichtiger Schritt hin zu einem besser integrierten europäischen Arbeitsmarkt, der auf Vertrauen, verlässlichen Regelungen und wirksamer Zusammenarbeit beruht“, sagte EU-Kommissionspräsident Juncker zum Start der neuen Behörde.

Für die Durchsetzung der Arbeits- und Sozialversicherungsvorschriften sind weiterhin die Mitgliedstaaten verantwortlich. Der Nutzen der neuen Behörde liegt darin, dass die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten erleichtert wird.

Die Freizügigkeit zählt zu den am meisten geschätzten Freiheiten des Europäischen Binnenmarkts. Laut einer Umfrage des Eurobarometer aus dem Vorjahr befürworten mehr als acht von zehn Europäerinnen und Europäern die „Freizügigkeit von EU-Bürgerinnen und -Bürgern, [durch die] sie überall in der EU leben, arbeiten, studieren und Geschäfte tätigen können“. (pr) >|

■ *Informationen zur neuen Europäischen Arbeitsbehörde*

Die EU-Agenturen

Derzeit sind vier EU-Agenturen im Bereich der Beschäftigungspolitik tätig: Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound), das Europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (Cedefop), die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) und die Europäische Stiftung für Berufsbildung (ETF). Die Europäische Arbeitsbehörde wird die Tätigkeiten der vier Agenturen ergänzen und mit ihnen zusammenarbeiten, um Komplementarität und Kohärenz mit ihren Tätigkeiten zu gewährleisten.

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 28.10.2019 10.30–17.00 Uhr	„Das junge Europa-Forum. Europapolitisches Forum für Jugendliche ab 16 Jahren“ Konferenz Veranstalter: Europa-Union Hamburg, Info-Point Europa	betahaus Hamburg Eifflerstraße 43 22769 Hamburg	www.infopoint-europa.de/ veranstaltungen/eigene/ derjungebuergerdialoog-europa- politischesforumfuerju
> 28.10.2019 19.00–20.30 Uhr	„Zwischen Aufbruch und Rückzug: Wie steht es um die Westbalkan-Länder?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europa Union e.V.	Universität Hamburg, ESA West Edmund-Siemers-Allee 1 20146 Hamburg	www.europatermine.de
> 29.–30.10.2019 10.00 Uhr	„Der Aufbau Ost im ostmitteleuropäischen Vergleich. Eine Bilanz nach 30 Jahren“ Konferenz Veranstalter: Deutsche Gesellschaft e.V.	Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund Mohrenstraße 64 10117 Berlin	www.europatermine.de
> 30.10.2019 18.30 Uhr	„Wind of Change für die EU? Von der Leyen Kommission in den Startlöchern“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Wirtschaftsjunioren Freiburg, cep Centrum für Europäische Politik	SWR Studio Freiburg Kartäuserstraße 45 79102 Freiburg	https://wj-freiburg.de/?veranstal- tung=32972&dialog=1
> 30.10.2019 18.30–21.00 Uhr	„#Mehralsteine – Abschlussveranstaltung des Europäischen Kulturerbejahres in Berlin“ Kulturprogramm Veranstalter: Senatsverwaltung für Kultur und Europa	Haus der IG-Metall Alte Jakobstraße 149 10969 Berlin	www.berlin.de/sen/kultur/kul- turerbe/
> 30.10.2019 19.00–20.45 Uhr	„Laufbahn Europa. Arbeiten bei der EU – aber wie?“ Informationsveranstaltung Veranstalter: europe direct Aachen	Grashaus Fischmarkt 3 52062 Aachen	www.europedirect-aachen.de/ index.php?option=com_eventbo- oking&view=event&id=53<e mid=1560
> 01.11.2019 19.00 Uhr	„Europäischer Salon – Gastland Belgien“ Kulturelle Veranstaltungsreihe Veranstalter: Hessische Staatskanzlei in Kooperation mit dem Gastland	Hessische Staatskanzlei Georg-August-Zinn-Straße 1 65183 Wiesbaden	https://europanetzwerk. hessen.de/veranstaltungen/12- europ%C3%A4ischer-salon
> 04.11.2019 19.00–20.30 Uhr	„Current Transatlantic Relations – the US, Europe, Germany“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europe Direct Dortmund, Amerika Haus e. V. NRW	Rathaus Dortmund Friedensplatz 1 44135 Dortmund	www.europe-direct-dortmund. de/event/townhall-meeting- usa-eu/
> 05.11.2019 18.00–20.00 Uhr	„Geschichte und Gedächtnis – 1989 europäisch erinnern“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Deutsche Gesellschaft e. V.	Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Kronenstraße 5 10117 Berlin	www.europatermine.de
> 05.11.2019 20.00–22.00 Uhr	„Was geschieht in Polen? Polen in der EU und wie geht es weiter?“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europa-Union-Deutschland, Wiesbaden / Rheingau-Taunus	Vortragssaal des Hessischen Hauptstaatsarchivs Moosbacher Straße 65 65187 Wiesbaden	www.europatermine.de
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de			

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2019

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bertha-von-Bentheim-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski**Herstellung:**Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



© Europäische Kommission, 2019

DISCOVEREU

Verlosung von 20.000 Tickets startet am 7. November

Mit dem Zug durch Europa reisen, neue Städte und Landschaften kennenlernen und Erfahrungen sammeln – das ist DiscoverEU, eine Initiative der EU. Im Rahmen von DiscoverEU verlost die EU-Kommission erneut 20.000 Reisetickets für 18-Jährige. Bisher haben 50.000 junge Menschen einen Travel-Pass erhalten. Vom 7. November bis 28. November 2019 können sich 18-Jährige in der EU für ein Gratticket im Rahmen der EU-Initiative bewerben. Dies gibt ihnen die Möglichkeit, zwischen dem 1. April und dem 31. Oktober 2020 Europa zu bereisen.



Die Jugendlichen können allein reisen oder mit bis zu vier Freunden eine Gruppe bilden. Es ist auch möglich, sich über die DiscoverEU-Facebook-Gruppe mit anderen DiscoverEU-Reisenden zu verabreden. Die Bewerbung läuft über das Europäische Jugendportal.

[Zum Europäischen Jugendportal](#)

EUROPÄISCHE INTERNETADRESSE .EU

Registrierung für EU-Bürger jetzt weltweit möglich

Ab sofort werden sich auch EU-Bürger, die in einem Land außerhalb der EU leben, für eine .eu-Internetadresse registrieren können. Damit wird der Zugang zum digitalen Binnenmarkt auch für Menschen mit Wohnsitz außerhalb Europas erleichtert. Bisher musste der Firmensitz oder Wohnsitz von Inhabern einer .eu-Internetadresse in der EU, der Schweiz, in Liechtenstein oder in Norwegen liegen.



EURid ist das Register, das die länderspezifischen Endungen von Top-Level-Domänen .eu und .eu (kyrillische Schrift) und ab November auch in griechischer Schrift, im Auftrag der Europäischen Kommission verwaltet. EURid arbeitet mit etwa 750 Partnern weltweit zusammen – den zugelassenen Registraren. Bei diesen kann eine .eu-Internetadresse für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren beantragt werden.

[Weitere Informationen](#)

WE ALL LOVE STORIES

Reise zu den European Film Awards nach Berlin zu gewinnen

Wie viele Filme der Spielfilm-Vorauswahl der European Film Awards (EFA) wurden von Frauen gedreht? In welchem Jahr gewann Wim Wenders den EFA? Mit der Beantwortung dieser und anderer Fragen haben junge Fans europäischer Filme die Chance, eine Reise zu den European Film Awards in Berlin zu gewinnen. Auf der Website [We all love stories/efa](#) gilt es, noch bis zum 3. November zehn Fragen rund um die begehrte europäische Auszeichnung zu beantworten. Acht Gewinnerinnen und Gewinner reisen vom 6. bis 8. Dezember nach Berlin – inklusive Hotel, Teilnahme an der Preisverleihung und Rahmenprogramm.



Ziel dieses von den Creative Europe Desks initiierten Gewinnspiels ist, europäische Filme einem jungen Publikum näherzubringen. Das MEDIA-Programm der Europäischen Kommission bringt europäische Filme in die Kinos, auf Festivals und Video-Plattformen. Auch die European Film Awards werden bei ihren Aktivitäten zur Promotion europäischer Filme von MEDIA unterstützt.

[Zur Website](#)

KULTURINVEST!-KONGRESS 2019

Aktuelle Trends im europäischen Kulturmarkt

Unter dem Motto „Aufbruch nach Europa! Transform the Culture“ findet am 7. und 8. November 2019 in Essen auf dem UNESCO-Welterbe Zollverein der 11. KulturInvest!-Kongress statt. Das führende Forum für Kulturanbieter und Kulturförderer steht seit über zehn Jahren für innovatives Vorausdenken, lebendige Debatten und erfolgreiche Lösungsansätze von materiellen und immateriellen Investitionen in Kultur. Der Think-Tank zeigt in zwölf Themenfeldern mit über 100 mitwirkenden Referenten und Moderatoren aus Wirtschaft, Kultur und Medien die aktuellen Trends im europäischen Kulturmarkt auf und reflektiert neue Modelle des Zusammenwirkens von Kultur und Wirtschaft sowie Öffentlicher Hand und Medien.

Die Besucher erwartet darüber hinaus ein kulturelles Rahmenprogramm mit Führungen über das Gelände der Zeche Zollverein und durch das Ruhrmuseum sowie die Preisverleihung der 14. Europäischen Kulturmarken-Awards.

[Zum Kongressprogramm](#)